

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und
Planungsausschusses der Stadt
Bergisch Gladbach
06.12.2016

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1 Teilnehmerliste	19

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

04.01.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 6-10

Schriftführung

Friedhelm Assmann

Telefon-Nr.

02202-141428

Niederschrift

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

Sitzung am Dienstag, 06.12.2016

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 27.09.2016**
0443/2016
- 4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Bestellung eines neuen stellvertretenden Schriftführers**
0368/2016
- 7 **Denkmalpflegeplan für die Stadtteile Bensberg/Bockenberg**
- Vorstellung durch Herrn Prof. Werling
0446/2016
- 8 **Marktgalerie Bensberg**
- Vorstellung des neuen Entwurfs durch die Fa. Centerscape
0447/2016
- 9 **Integriertes Handlungskonzept Bensberg**
- Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes
- Beschluss zur Festlegung des InHK-Gebietes als Stadtumbaugebiet
- Beschluss zu den Maßnahmen des programmjahrbezogenen Förderantrags 2017
0448/2016
- 10 **Integriertes Handlungskonzept Bensberg**
– Beschluss des Leitbilds für die Neugestaltung der Schloßstraße
0413/2016
- 11 **Gestaltung Kreisverkehrsplatz Schnabelsmühle**
- Mitteilung des Sachstands
0469/2016
- 12 **Mitteilung über Eintragungen in die Denkmalliste**
0444/2016
- 13 **Kooperationsvereinbarung Köln und rechtsrheinische Nachbarn**
0483/2016
- 14 **Stellungnahme zum Einzelhandelskonzept der Gemeinde Kürten**
0445/2016
- 15 **Bebauungsplan Nr. 2112 - westliche Jakobstraße -**
- Beschluss zur Aufstellung
0477/2016
- 16 **Bebauungsplan Nr. 2129 - Am Kalkofen -**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
0450/2016
- 17 **Änderung Nr. 181/2427 - Östlich Leibnitzstraße - des Flächennutzungsplans**
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0452/2016
- 18 **Bebauungsplan Nr. 2427 - Östlich Leibnitzstraße -**
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0453/2016

- 19** **Bebauungsplan Nr. 5423 - Industrieweg -**
- **Beschluss der Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung**
- **Beschluss der Stellungnahmen aus dem ergänzenden Verfahren**
- **Beschluss als Satzung**
0454/2016
- 20** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 08.11.2016 zur**
Sicherung der Nahversorgung im Ortsteil Hand
0470/2016
- 21** **Anträge der Fraktionen**
- 22** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Waldschmidt, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 27.09.2016 0443/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Waldschmidt berichtet über Irritationen im gemeinsamen Arbeitskreis der CDU- und SPD Fraktion. Demnach seien Pressemitteilungen (insbesondere zu Themen dieser Sitzung) erfolgt, bevor der entsprechende Ausschuss informiert worden sei.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Sprenger teilt mit, dass Herr Professor Werling angeboten habe, Architekturstudenten der Technischen Hochschule, Köln zu beauftragen, einen „Stehgreifentwurf“ für den geplanten Stadthausneubau am Bahnhof zu entwerfen. Dieses kreative Potential solle nach Möglichkeit genutzt werden. Mit Ergebnissen sei Ende Januar 2017 zu rechnen; der Ausschuss werde zur gegebenen Zeit entsprechend informiert.

Herr Honecker korrigiert einen redaktionellen Fehler in der Vorlage zu TOP 9. Der Wohnpark Bensberg hat keine 30.000 Bewohner, sondern lediglich 3.000 Bewohner.

Des Weiteren bittet Herr Honecker darum, die auf Seite 59 der Einladung enthaltene Anlage 1 zu TOP 11 „Kreisverkehrsplatz“ gegen die vor der Sitzung auf die Plätze verteilte vereinfachte Anlage auszutauschen.

6. **Bestellung eines neuen stellvertretenden Schriftführers**
0368/2016

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Im Vertretungsfall nimmt Herr Tim Rademacher die Aufgaben des Schriftführers wahr.

7. **Denkmalpflegeplan für die Stadtteile Bensberg/Bockenberg**
- Vorstellung durch Herrn Prof. Werling
0446/2016

Herr Professor Werling stellt die Inhalte und Schwerpunkte des Denkmalpflegeplans anhand einer Präsentation ausführlich dar. Sowohl der Vortrag in Kurzform, als auch die entsprechenden Pläne und Fotos der Präsentation stehen im Ratsinformationssystem zum Download bereit. Auf eine Wiederholung des Vortrags wird daher verzichtet.

Frau Graner macht deutlich, dass ein Denkmalpflegeplan die Umsetzung beschlossener Ziele deutlich vereinfache. Sie begrüßt, dass es der Verwaltung gelungen sei, entsprechende Fördermittel zu generieren.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse des Denkmalpflegeplans vorzustellen, mit ihnen die Inhalte zu diskutieren und Anregungen zu prüfen.

8. **Marktgalerie Bensberg**
- Vorstellung des neuen Entwurfs durch die Fa. Centerscape
0447/2016

Der zuständige Architekt des Vorhabens der Centerscape GmbH, Herr Groefke, stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Kubatur deutlich reduziert (lediglich 3 Geschosse) wurde, die bisherigen Planungen auf der Grundlage des „alten“ Bebauungsplanes beruhen und durch den Gestaltungsbeirat begleitet werde. Die präsentierten Skizzen, Entwürfe, Projektionen, Fotos und Fotomontagen sind über das

Ratsinformationssystem abrufbar.

Nach Ausführungen von Herrn Ebert sei die aktuelle Entwicklung durchaus zu begrüßen, obwohl ihm persönlich der vorherige Entwurf mehr zusage. Insbesondere der Verzicht auf Gastronomie im Bereich des alten historischen Marktplatzes zugunsten von Parkflächen sei hier zu kritisieren. Außerdem fehle ihm im aktuellen Entwurf die Beibehaltung der historischen Gängestruktur durch eine Umsetzung im Rahmen der inneren Erschließung.

Auf Anfragen von Herrn Ebert und später auch Frau Schundau bestätigt Herr Groefke, dass ein barrierefreier Zugang rund um die Uhr zu sämtlichen Ebenen über großzügig dimensionierte Aufzüge sichergestellt werde. Ein Werbekonzept sei noch nicht abschließend entwickelt; dieses werde zur gegebenen Zeit mit dem Gestaltungsbeirat abgesprochen.

Auf Anfrage von Frau Schundau, ob die Baugrenzüberschreitungen des Entwurfs genehmigungsfähig seien, macht Frau Sprenger deutlich, dass bereits beim derzeitig bestehenden Gebäude die Baugrenzen des Bebauungsplanes 51/1 überschritten seien. Es sei aus städtebaulichen Gesichtspunkten auch für das künftige Bauvorhaben durchaus vertretbar, eine entsprechende Befreiung von dieser Festsetzung zu erteilen.

Herr Dlugosch hält weder die architektonische Gestaltung, noch die vorgesehenen Nutzungen für überzeugend und plädiert dafür, beides zu überdenken.

Frau Sprenger nimmt diesen persönlichen Eindruck entgegen, verweist jedoch auf das Fachvotum des Gestaltungsbeirates zugunsten des vorgestellten Entwurfs.

Herr Dr. Metten äußert die Hoffnung, dass mit dem vorgestellten Projekt die Entwicklung der Bensberger Innenstadt deutlich vorangetrieben werde. Er würde es begrüßen, wenn eingetretene architektonische Pfade verlassen und im Hinblick auf die Umgebungshighlights architektonische Akzente gesetzt werden.

Herr Dr. Metten plädiert dafür, die zu verwendenden Materialien vertraglich festzuschreiben und beim Werbekonzept zurückhaltend zu sein.

Herr Schlaghecken bittet darum, das Projekt nicht zu „zerreden“ und damit die weitere Umsetzung möglicherweise zu gefährden.

Frau Graner erkennt in dem Entwurf die bestehenden Sachzwänge.

9. Integriertes Handlungskonzept Bensberg
- Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes
- Beschluss zur Festlegung des InHK-Gebietes als Stadtumbaugebiet
- Beschluss zu den Maßnahmen des programmjahrbezogenen Förderantrags
2017
0448/2016

Der beauftragte Architekt, Herr Welters, erläutert die schriftliche Vorlage anhand einer Ergebnispräsentation, die über das Ratsinformationssystem zum Download bereit steht. Dabei geht er insbesondere auf das Programmgebiet, die Handlungsbedarfe, die Leitlinien und die konzeptionellen Vorstellungen für die einzelnen Teilbereiche ein.

Herr Komenda zeigt sich erfreut über die, seiner Ansicht nach überfällige und sinnvolle Initiative. Die einzelnen Maßnahmen des Konzepts werden in den nächsten Jahren in den jeweiligen Fachausschüssen einzeln zu diskutieren sein, nachdem sie entsprechend weiter entwickelt worden sind.

Auch Frau Schundau begrüßt den Beschluss eines Handlungskonzeptes für Bensberg, verweist aber auch auf zu lösende Missstände in der Stadtmitte Bergisch Gladbach. Sie freut sich über die gemeinsam mit den Bewohnern geplanten Verbesserungen zur Wohnqualität des Wohnparks Bockenberg. Der Fußweg von dort zum Bensberger Zentrum solle möglichst auch für Radfahrer ertüchtigt werden, während der Stadtgarten entsprechend dem Votum der Bensberger Bürgerschaft vollständig als Grünfläche erhalten bleiben sollte.

Zu kritisieren sei die fehlende Überplanung des oberen Marktes und die Beibehaltung der Durchfahrbarkeit der Schloßstraße. Frau Schundau hält es für sinnvoller, eine barrierefreie Erschließung von neuen Parkplätzen von der Steinstraße aus zu entwickeln.

Herr Kühl bedankt sich bei allen beteiligten Mitarbeitern für die gute Arbeit und hofft auf eine entsprechende Förderzusage.

Auf Anfrage von Herrn Dlugosch erklärt Herr Honecker, dass von einem Realisierungszeitraum von 8-10 Jahren und einer Förderquote von 70% auszugehen sei. Über den 30%igen Eigenanteil sei im Rahmen des Nachtragshaushalts 2017 ff zu entscheiden.

Eine erste grobe Ermittlung des Kostenrahmens aller Maßnahmen ergab eine Gesamtsumme von ca. 15,6 Mio Euro. Diese Summe werde bei positivem Förderbescheid das zur Verfügung stehende Gesamtbudget darstellen. Kostenerhöhungen während der Realisierungsphase seien durch Einsparungen an anderer Stelle oder Verzicht auf Teilmaßnahmen aufzufangen, soweit diese im Rahmen des Gesamtkonzepts vertretbar sind.

Herr Ebert hält das Konzept nicht unbedingt für einen großen ganzheitlichen Wurf, sondern eher um eine Summe von kleineren Einzelmaßnahmen an verschiedenen Brennpunkten.

Auf Anfrage von Herrn Ebert erklärt Herr Welters, dass man im Durchschnitt von einem nach sich ziehenden Privatinvest in Höhe des achtfachen der Fördersumme ausgehen könne.

Frau Graner schließt sich dem vorgebrachten Lob für die Verwaltung an und bewertet die Planungen als guten Ansatz.

Auch Herr Dr. Baeumle-Courth begrüßt das ambitionierte Projekt. Im Falle von Kostenerhöhungen während der Realisierungsphase plädiert er ausdrücklich dafür, auf Standardreduzierungen zu verzichten und stattdessen weniger wichtige Maßnahmen des InHk zu streichen.

Im Hinblick auf den Slogan „Stadtkrone mit neuem Glanz“ sollten die Nutzung des Oberen Marktes als Parkplatz und die Schloßstraße als durchfahrbare Straße kritisch hinterfragt werden.

Herr Dr. Baeumle-Court empfiehlt der Verwaltung eindringlich, ein funktionierendes Projektmanagement aufzubauen, damit die Umsetzung des Projekts zügig und ohne Reibungsverluste von statten geht.

Herr Honecker erläutert die Hintergründe zu den weiteren Beschlusspunkten und geht hier insbesondere auf das Erfordernis eines beschlossenen Stadtumbaugebietes ein. Im weiteren Verfahren werde im Rahmen vorbereitender Untersuchungen überprüft, inwieweit die Festsetzung eines förmlichen Sanierungsgebietes im vereinfachten Verfahren sinnvoll ist, um u.a. die rechtlichen Voraussetzungen für eine steuerliche Absetzbarkeit als zusätzlicher Anreiz für private Investitionen zu erreichen.

Teil des Maßnahmenprogramms des Integrierten Handlungskonzepts seien das „Hof- und Fassadenprogramm“ sowie ein „Verfügungsfonds“, aus denen innerhalb des Programmgebiets kleinere private Investitionen zu 50% gefördert werden können.

Sodann erläutert Herr Honecker diejenigen Maßnahmen, mit denen - im Falle einer Förderzusage - im kommenden Jahr konkret begonnen werden soll (Treppe von der Schloßstraße zum Markt, Straßenbeleuchtung Burggraben, Aufbau Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit sowie die vorgenannten Vorbereitenden Untersuchungen).

Der Ausschuss fasst sodann folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

- I. Das Integrierte Handlungskonzept (InHK) Bensberg vom November 2016 wird zur Kenntnis genommen und dessen Zielen und Maßnahmen zugestimmt.
- II. Die Kosten- und Finanzierungsplanung des InHK, welche den Gesamtkostenrahmen für die Umsetzung des InHK über die Gesamtprogrammlaufzeit abbildet, wird beschlossen.
- III. Vorbehaltlich der Aufnahme der Stadt Bergisch Gladbach in eine Programmkulisse der Städtebauförderung wird die Bereitstellung der kommunalen Eigenmittel zur Umsetzung des InHK beschlossen.
- IV. Das in der Anlage 1 dargestellte Programmgebiet des InHK wird nach § 171 b BauGB als Stadtumbaugebiet beschlossen.
- V. Die Verwaltung wird damit beauftragt, auf der Grundlage des InHK, bei der Bezirksregierung Köln per 30.12.2016 einen Grundförderantrag zur Aufnahme in das Stadterneuerungsprogramm NRW sowie einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Stadterneuerungsprogramm 2017 für die Umsetzung erster Einzelmaßnahmen des InHK zu stellen.

**10. Integriertes Handlungskonzept Bensberg
– Beschluss des Leitbilds für die Neugestaltung der Schloßstraße
0413/2016**

Auf Anfrage von Herrn Dlugosch erläutert Herr Honecker den Begriff „Realisierungswettbewerb“. Für die Schloßstraße sei unter Zuhilfenahme eines externen Wettbewerbsmanagements beabsichtigt, verschiedene Fachbüros (Architekten, Freiraumplaner) aufzufordern, in einem Wettbewerb Gestaltungsvorschläge zu unterbreiten. Die Auslobung werde unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet. Ziel des Wettbewerbs sei, die gestalterische Vorgabe für die erforderliche Fachplanung zu schaffen, auf deren Grundlage der konkrete Förderantrag zur Umgestaltung der Schloßstraße gestellt werden könne.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss stimmt dem Leitbild „Schloßstraße – Eine Straße der vielen Begegnungen“ als Grundlage des Realisierungswettbewerbs für die Neugestaltung der Schloßstraße zu.

11. **Gestaltung Kreisverkehrsplatz Schnabelsmühle**
- Mitteilung des Sachstands
0469/2016

Herr Honecker informiert darüber, dass sich zwischenzeitlich über 70 Teilnehmer am Themenwettbewerb der Phase I beworben haben.

12. **Mitteilung über Eintragungen in die Denkmalliste**
0444/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. **Kooperationsvereinbarung Köln und rechtsrheinische Nachbarn**
0483/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. **Stellungnahme zum Einzelhandelskonzept der Gemeinde Kürten**
0445/2016

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Einzelhandelskonzept Kürten wird zugestimmt.

15. **Bebauungsplan Nr. 2112 - westliche Jakobstraße -**
- Beschluss zur Aufstellung
0477/2016

Herr Dlugosch hält die Fläche eher als Potentialfläche für sozialen Wohnungsbau geeignet und wird gegen den Aufstellungsbeschluss stimmen.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL)

Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 2112 – westliche Jakobstraße – als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Baugesetzbuch aufzustellen. Es ist beabsichtigt, für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans ein Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO) festzusetzen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans wird begrenzt durch

- die bestehende „Waschstraße“ sowie den Heimwerker- und Baumarkt im Norden,

- die Grundstücke Jakobstraße 87 und 101 im Osten und
- die Jakobstraße im Süden und im Westen.

Der genaue Geltungsbereich ist dem Übersichtsplan (Anlage 1) zu entnehmen.

**16. Bebauungsplan Nr. 2129 - Am Kalkofen -
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
 0450/2016**

Herr Dr. Metten lobt die überzeugende Planung. Herr Dr. Metten spricht sich für eine schwerpunktmäßige Wohnbebauung mit geringen gewerblichen Anteilen im Plangebiet aus. Dabei sei die Quotierung der Anteile von Wohnen und Gewerbe nachrangig.

Herr Ebert schließt sich seinem Vorredner vollinhaltlich an.

Der Ausschuss fasst folgende
Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

- I. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch (BauGB) ist der Bebauungsplan Nr. 2129 – Am Kalkofen – als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen. Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).
- II. Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2129 – Am Kalkofen – auf der Grundlage des Vorentwurfes fortzusetzen und beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mittels Aushang durchzuführen.

Auf Vorschlag von Herrn Waldschmidt einigt sich der Ausschuss dahingehend, die Punkte 17 und 18 gemeinsam zu diskutieren.

**17. Änderung Nr. 181/2427 - Östlich Leibnitzstraße - des Flächennutzungsplans
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
 0452/2016**

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

- I. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Änderung Nr. 181/2427 - östlich Leibnitzstraße - des Flächennutzungsplanes auf der Grundlage des Vorentwurfes und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.
- II. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist die Änderung des Flächennutzungsplan Nr.181/2427 – östlich Leibnitzstraße - des Flächennutzungsplans unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszu-

legen.

**18. Bebauungsplan Nr. 2427 - Östlich Leibnitzstraße -
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0453/2016**

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

1. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes (BP) Nr. 2427 - östlich Leibnitzstraße - auf der Grundlage des Vorentwurfes und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.
2. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist der Bebauungsplan (BP) Nr. 2427 - östlich Leibnitzstraße - unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

**19. Bebauungsplan Nr. 5423 - Industrieweg -
- Beschluss der Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschluss der Stellungnahmen aus dem ergänzenden Verfahren
- Beschluss als Satzung
0454/2016**

Frau Sprenger teilt mit, dass die Verwaltung bei der Nutzungsuntersagung der illegalen, ehemaligen Betriebswohnungen moderat vorgehen werde. So sei beabsichtigt, diese Untersagungsverfügung erst nach Abschluss aller Rechtsmittelverfahren (inkl. zu erwartender Normenkontrolle) und einer Übergangsregelung auszusprechen.

Herr Dlugosch kann die Bedenken der Einwender durchaus nachvollziehen. Seiner Ansicht nach solle die Eignung für eine Gewerbeansiedlung - auch im Hinblick auf die Grundwasserproblematik - näher untersucht werden.

Frau Sprenger macht deutlich, dass sich ohne einen heutigen Beschluss nach Ablauf der Veränderungssperre Fehlentwicklungen nicht mehr verhindern lassen.

Angesichts der kontroversen Diskussionen im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans und den damit verbundenen erschwerten Bedingungen zur Ansiedlung von Gewerbe lasse sich nach Auffassung von Herrn Ebert die ursprüngliche Haltung der SPD Fraktion, das Gebiet sich ohne Gewerbebebauungsplan selbst entwickeln zu lassen, nicht mehr halten. Man werde daher dem Satzungsbeschluss zustimmen.

Auch Herr Dr. Baemle-Courth fühlt sich in seiner Entscheidung eingeschränkt, da es aufgrund der Schwierigkeiten zur Gewerbeansiedlung nicht vertretbar erscheint, ein bestehendes Gewerbegebiet aufzugeben.

Herr Kühl begrüßt die „Heilung“ des Bebauungsplans und spricht sich gegen den Beginn erneuter

Diskussionen aus.

Frau Graner wiederholt die Einstellung der FDP Fraktion, die sich seit jeher für ein Gewerbegebiet ausgesprochen habe.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL)

- I. Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5423 – Industrieweg – gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Stellungnahmen der Einwender
 - B 1 wird nicht entsprochen,
 - B 2 wird nicht entsprochen,
 - B 3 wird nicht entsprochen,
 - B 4 wird nicht entsprochen,
 - B 5 wird nicht entsprochen,
 - T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
- II. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des ergänzenden Verfahrens (§ 214 Abs. 4 BauGB) zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5423 – Industrieweg – gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Stellungnahmen der Einwender
 - B 1 wird nicht entsprochen,
 - B 2 wird nicht entsprochen,
 - B 3 wird nicht entsprochen,
 - B 4 wird nicht entsprochen,
 - B 5 wird nicht entsprochen,
 - B 6 wird nicht entsprochen,
 - B 7 wird nicht entsprochen,
 - T 1 Geologischer Dienst NRW wird teilweise entsprochen,
 - T 2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
- III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW den Bebauungsplan Nr. 5423 – Industrieweg – im ergänzenden Verfahren als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung zum 31.10.2011 rückwirkend in Kraft zu setzen.

20. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 08.11.2016 zur Sicherung der Nahversorgung im Ortsteil Hand
0470/2016

Herr Dlugosch bekräftigt, dass seiner Fraktion daran gelegen sei, den Einzelhandelsstandort (ehemals Kaiser`s) nach Möglichkeit zu erhalten. Die Stadt solle darauf hinwirken, die dortige Nahversorgung zu sichern.

21. Anträge der Fraktionen

Keine

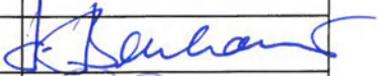
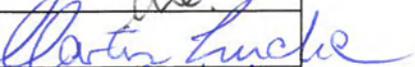
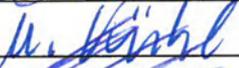
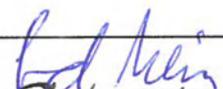
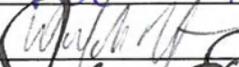
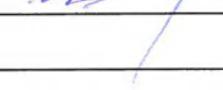
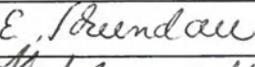
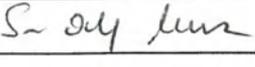
22. Anfragen der Ausschussmitglieder

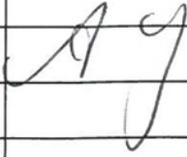
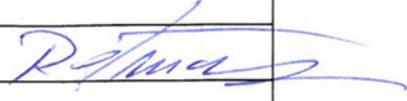
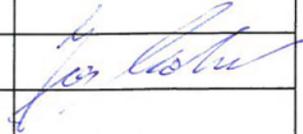
Keine

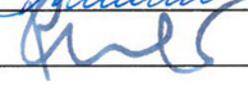
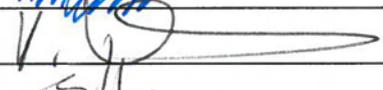
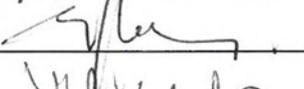
Herr Waldschmidt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:17 Uhr.

Stadt Bergisch Gladbach
Teilnehmerverzeichnis

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss	Tag der Sitzung 06.12.2016	Ort der Sitzung Ratssaal Bensberg	Dauer der Sitzung 17 ⁰⁰ - 19 ²² Uhr
---	-------------------------------	--------------------------------------	--

Name, Vorname	von/bis Beratungspunkt/ Uhrzeit	Stellvertretung für (Name)	Unterschrift
Dr. Bernhauser, Johannes			
Bilo, Angelika			
De Lamboy, Bernd			
Locke, Martin		Höring, Lennart	
Kühl, Manfred			
Dr. Metten, Michael			
Schlaghecken, Friedhelm			
Neu, Gerhard			
Waldschmidt, Klaus W.			
Ebert Andreas			
Bräunlich, Benedikt	bis 08 M ab 09 M	M. Viornenda M.R. E. Dresbach	
Schundau, Edeltraud			
Schmidt, Helmut		Steinbüchel, Dirk	
Dr. Baeumle-Courth, Peter			
Kelbert, Sven-Olaf			

Name, Vorname	von/bis Beratungs- punkt/ Uhrzeit	Stellvertretung für (Name)	Unterschrift
Graner, Angelika			
Klein, Thomas Joachim		Rainer Dlugosch	
Samirae, Frank			
Panzer, Martin			
Thien, Holger			
Klein, Manfred			
Mohr, Josef			
Marx, Olaf K.			

Mitglieder der Verwaltung	Unterschrift
Flügge VII	
Sprenger FBL 6	
Assmann 6-10	
Honecker 6-61	
Fliegner 6-63	
Krause VII-2	
Wilbert VII-2	
Stabenow 6-1	
Rademacher 6-10	
HARTMUT WELTENS	
Harting	
VOGT-HERLING	